



das wochennd

Günter Kunert im Interview

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 17./18. November 2012 67. Jahrgang/Nr. 269 • Berlinausgabe 1,80 €

## Flüchtlinge erneut im Hungerstreik

Täuschungsvorwurf an die Regierung

**Berlin** (nd-R.Meyer). Ihren Hungerstreik haben die seit mehr als drei Wochen vor dem Brandenburger Tor demonstrierenden Flüchtlinge am Freitag erneut unbefristet aufgenommen. Die 15 Asylbewerber werfen der Bundesregierung vor, die Forderungen der Gruppe nicht erfüllen zu wollen. »Wir fühlen uns von den politisch Verantwortlichen nicht ernst genommen, hingehalten und mit Gesprächen ohne Konsequenzen abgespeist«, hieß es in einer von den Flüchtlingen verlesenen Erklärung. Grund für die Annahme ist eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN im Bundestag. Darin heißt es, nach Abbruch des ersten Hungerstreiks am 1. November sei aus Sicht der Regierung »kein weiterer Gesprächsbedarf« vorhanden.

Die Flüchtlinge hatten vor zwei Wochen ein Gespräch mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) geführt. Böhmer vermittelte daraufhin ein für den 22. November geplantes Treffen der Flüchtlinge mit Mitgliedern des Bundestagsinnesschusses. Allerdings habe der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Ole Schröder (CDU) mit seinen Äußerungen zur Beibehaltung der Residenzpflicht und der Ablehnung, das Arbeitsverbot aufzuheben, die Ergebnisse bereits vorweggenommen, kritisierten die Flüchtlinge. Böhmers Zusagen seien daher eine Täuschung gewesen. Seite 13

## Unten links

Die Deutschen sparen immer mehr Wasser. Das ist vernünftig, denn das Sparen von Geld lohnt sich angesichts der mehr als dürrigen Zinsen ohnehin nicht. Und Wasser gibt zudem die beruhigende Gewissheit, immer flüssig zu sein (Frostschutzmittel nicht vergessen!). Bleibt die Frage, was die Deutschen mit dem ganzen gesparten Wasser anstellen. Eine Menge Leute züchten als Alternative zur tierquälerischen Massenmast für das Weihnachtsfest im Keller eigene Wasserhähne, deren schlanke Form Fettarmut verheißt und die sich, sollte die Feierstimmung mal sinken, ordentlich aufdrehen lassen. Andere interessieren sich angesichts der wider Erwarten doch wieder steigenden Benzinpreise für das günstige Fahrwasser. Wer genug Oberwasser beisammen hat, prözt vor Gästen gern mit eigenem Hundertwasser. Sehr beliebt sind auch regionale Produkte wie Kielwasser und Weißwasser. Und wer bis hierher noch nicht gelacht hat, sollte sich eine Wasserlache zulegen. ibo

www.neues-deutschland.de twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



## Hamas kann auf Kairo zählen

Demonstrative Parteinahme Ägyptens im Gaza-Konflikt / Angriffe fortgesetzt



Gaza-Solidarität in Dschenin (Westjordanland): Imaginierter Arafat als Steinwerfer

Foto: AFP/Saif Dahlah

Von Roland Etzel

**Ein Ende der Gewalt zwischen Israel und militanten Palästinensern im Gaza-Streifen ist nicht in Sicht. Die Hoffnung auf eine von Ägypten verlangte Feuerpause währte am Freitag nur Stunden. Kairo stellte sich in Gaza demonstrativ an die Seite der Palästinenser.**

Die Lage im nahöstlichen Konflikt zwischen den palästinensischen Milizen im Gaza-Streifen und der israelischen Armee blieb am Freitag unverändert angespannt. Von israelischer Seite hatte es weitere Luftangriffe auf Ziele in Gaza gegeben. Von dort aus wurden mehrere Dutzend Raketen Richtung Israel abgefeuert.

Ein ägyptischer Aufruf zur Waffenruhe war damit ohne positives Echo geblieben. Anders als während der Präsidentschaft Husni Mubaraks erschöpft sich die politische Aktivität Ägyptens, wenn es im benachbarten Territorium Gaza brennt, aber nicht mehr in formalen Appellen an beide Seiten, die von Israel als inoffizielle Zustimmung gedeutet werden konnten. Dies war bereits am Donnerstag zum Ausdruck

gekommen, als Präsident Mohammed Mursi den ägyptischen Botschafter aus Tel Aviv zurückbeordert hatte. Die nunmehrige Nicht-mehr-Neutralität Kairo wurde gestern noch deutlicher, als Ägyptens Ministerpräsident Hisham Kandil demonstrativ ein Krankenhaus in Gaza-Stadt besuchte. Wie dpa berichtete, nahm er gemeinsam mit Hamas-Ministerpräsident Ismail Haniya den Leichnam eines Kindes entgegen, das soeben bei einem israelischen Angriff getötet worden war.

Mursi sicherte in Kairo den Palästinensern im Gaza-Streifen die Unterstützung seines Landes zu. »Kairo wird Gaza nicht allein lassen«, wird er von dpa zitiert. Was in Gaza im Moment geschehe, sei eindeutig ein Angriff auf die Menschlichkeit. Die Tatsache, dass Israel auch während des Kandil-Besuchs dort Angriffe auf Gaza flog, wird das Klima zwischen Israel und Ägypten kaum verbessert haben.

In Israel selbst wächst offenbar die Verunsicherung. Nach dem Raketenangriff auf Tel Aviv ist in einer Erklärung von dessen Bürgermeister von einer »dramatischen Eskalation« die Rede. Etwa drei Mil-

lionen Einwohner des Großraums Tel Aviv seien nun in Reichweite der Raketen aus dem Gazastreifen.

Erstmals seit dem Golfkrieg von 1991, als Irak Scud-Raketen auf Israel abschoß, hatte es am Donnerstagabend wieder Luftalarm in Tel Aviv gegeben. Später schlug auch im Großraum Jerusalem eine Raketen auf unbewohntem Territorium ein. Schäden gab es nicht.

Nach dpa-Angaben sind im Gaza-Streifen am Freitag zwei weitere Personen bei Luftangriffen ums Leben gekommen. Bei beiden soll es sich um Hamas-Mitglieder handeln. Damit stieg die Zahl der palästinensischen Todesopfer seit Beginn der israelischen Offensive am Mittwoch auf 22, darunter mindestens acht Zivilisten. In Israel starben bisher drei Zivilisten durch eine Hamas-Rakete. 245 Menschen wurden im Gaza-Streifen verletzt, 20 in Israel.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle hat die Raketenangriffe der Hamas verurteilt und erneut die Hamas für die Eskalation der Gewalt verantwortlich gemacht. Russland forderte beide Seiten zur Zurückhaltung auf. Seite 6

## Grüne geben sich sozialen Anstrich

Bei ihrer Bundesdelegiertenkonferenz debattiert die Partei über Umverteilung

Von Aert van Riel, Hannover

**An diesem Wochenende wählen die Grünen beim Bundesparteitag in Hannover ihren Vorstand sowie den Parteirat neu. Kontroversen werden zur Sozial- und Außenpolitik erwartet.**

Zum Auftakt des dreitägigen Bundesparteitags der Grünen in Hannover hat der Vorsitzende Cem Özdemir bekräftigt, dass sich die Partei der gesellschaftlichen Mitte öffnet. »Das bedeutet, dass wir auch Stimmen der Wähler wollen, die vorher die Union gekriegt hat«, sagte Özdemir vor etwa 800 Delegierten.

Er sprach sich aber gegen ein Bündnis mit den Konservativen nach der Bundestagswahl 2013 aus. Für ihn ist Rot-Grün das

Ziel. Eine Mehrheit für diese Koalition gibt es laut Umfragen derzeit jedoch nicht. Der Europapolitiker Daniel Cohn-Bendit hatte kürzlich aufgrund dieser Konstellation gefordert, Schwarz-Grün nicht kategorisch auszuschließen. Özdemir forderte dagegen sowohl seine Partei als auch die Sozialdemokraten auf, für das gemeinsame Ziel »noch eine Schippe draufzulegen«.

Die grüne Kritik an der schwarz-gelben Bundesregierung richtet sich neben der Sozial- und Umweltpolitik auch gegen die Enthaltung der Bundesrepublik im UN-Sicherheitsrat im Vorfeld des Libyen-Krieges im vergangenen Jahr. Der am Freitagabend von den Delegierten diskutierte Antrag des

Bundesvorstandes sowie der BAG Frieden und Internationales zur sogenannten Schutzverantwortung ist auch eine Reaktion hierauf. Es geht in dem Antrag um die völkerrechtliche Legitimierung von Maßnahmen »zum Schutz der Menschenrechte«. Dabei werden auch Militärschläge der NATO nicht ausgeschlossen. Zur Abstimmung stand, ob sich die Grünen dafür einsetzen werden, dass bei einer Blockade des Sicherheitsrates die UN-Generalversammlung über das Vorgehen entscheiden kann.

Parteintern umstritten ist auch der Umgang mit dem Standort Gorleben bei der Suche nach einem Atommüllendlager. Die niedersächsischen Grünen wollen im Unterschied zu Bun-

despolitikern der Partei Gorleben von vornherein ausschließen. Als Kompromiss ist beim Parteitag im Gespräch, die Suchkriterien so streng zu regeln, dass Gorleben im Vergleich mit anderen Standorten ausgeschlossen werden kann.

Über ihren Kurs in der Sozialpolitik wollen die Grünen am Samstag entscheiden. Der Parteivorstand stellt mittelfristig eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes von 374 auf 420 Euro in Aussicht. Parteilinke wollen hingegen eine schnelle Aufstockung auf rund 475 Euro. Ebenfalls am Samstag werden der Bundesvorstand und der Parteirat neu gewählt. Die Wiederwahl der Vorsitzenden Claudia Roth und Cem Özdemir gilt als sicher.

## Gastkolumne

### Trauerspiel

Von Hans Coppi

Als ich im Frühjahr 2012 von der Präsidentin des Berliner Verfassungsschutzes (VS) ihre Meinung zum Versagen ihrer Behörde bei der Aufdeckung des NSU-Mördertrios wissen wollte, antwortete sie, über die Arbeitsweise anderer Landesämter könne sie sich nicht äußern und Berlin sei davon nicht betroffen. Nun hat die Realität ihre Aussagen eingeholt. Die verwunderte Öffentlichkeit erlebt, dass VS-Mitarbeiter nicht nur brisante Unterlagen, sondern zugleich ihre Chefs wegschreddern. So hat sich der Innenminister vermutlich die VS-Reform nicht vorgestellt. Unverbesserliche Optimisten verbreiten bereits das Gerücht, dies könnte der erste Schritt zur raschen und transparenten Abwicklung der teuren und bisher geheimen Behörde und zur Abschaltung der V-Leute sein. Wacker wiegelt Friedrich ab und hält mit Aktionismus dagegen.

Ein reales Bild der Lage über den rechten Rand hinaus vermittelt die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie kommt zum Ergebnis, dass fast jeder Zehnte ein »geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild« habe. Äußerst bedrohlich seien rasch wachsende und sich verfestigende rassistische Vorurteile, die sich darin äußern, dass Deutsche als von Natur aus anderen Völkern überlegen, die meisten Ausländer die Sozialsysteme ausnützend, Juden als fremd und »nicht zu uns passend« angesehen werden und der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Dieses krude Weltbild verharmlöst zugleich das Naziregime.

Über den allgegenwärtigen Rassismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten ist in zwei Jahrzehnten nach den Pogromen von Rostock, Hoyerswerda, Mölln und Solingen und angesichts von über 180 ermordeten Migranten, Anderslebenden, Andersaussehenden und Andersden-



Hans Coppi

Vorsitzender der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Foto: Ulli Winkler

kenden weder eine ehrliche noch eine nachhaltige Debatte geführt worden. Selbst nach den NSU-Morden blieb der große Aufschrei der Empörung aus.

Die gegen die Aufnahme von Flüchtlingen gerichtete und auf Abschiebung drängende Politik wendet sich gegen die Schwächsten, manche Volksvertreter hören vorausseilend auf »Volkes Stimme«. Trendsetter sind Sarrazin und Buschkowski. Die angeblich so Mutigen feiern mit der Kanzlerin den Abgesang von Multikulti. Nein, die Tapferen, Unbeugsamen sind die Flüchtlinge, die von Würzburg nach Berlin liefern. Unter Einsatz ihrer Gesundheit fordern sie mit ihrem Hungerstreik am Brandenburger Tor eine Behandlung als Citoyen, als freier Bürger. Diesen Lackmustrich hat die deutsche Demokratie bisher nicht bestanden. Darin zeigt sich die Verlogenheit der unbarmherzigen Republik. Es ist eine Schande, wie der Exportweltmeister bedrohte Menschen behandelt. Zum ersten Mal sprachen jedoch Vertreter von Regierung und Senat mit den Flüchtlingen. Sie waren, sagten sie, von den Menschen tief beeindruckt. Das reicht aber nicht, denn der Innen-Staatssekretär erklärte später, die Residenzpflicht bleibe.

Angesichts dieses deutschen Trauerspiels reicht es nicht aus, nur zuzuhören. Die Zuständigen sollten endlich Zivilcourage zeigen und Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben der Flüchtlinge schaffen. Bevor sie dieses Menschenrecht nicht verwirklichen, verbietet es sich, über Integration und Willkommenskultur zu sprechen. Dies wäre eine Verhöhnung von Flüchtlingen, Initiativen gegen Rechts, AntifaschistInnen und vielen anderen, die sich seit Jahren für Menschenwürde und gegen Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus und Neonazismus einsetzen.